

Erstausgabe täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Abendausgabe  
Johannispforte 39.

Abendausgabe der Reichs-  
Anstalt 10-12 Uhr.

Abendausgabe 4-6 Uhr.

Die in Leipzig erscheinenden Nummern  
werden nach dem in Leipzig nicht  
vertrieben.

Leserinnen der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochenenden bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Post-Anzeigen:  
Eine Nummer, Unterstadtstr. 22,  
Sonder-Abtheilung, Postamtstr. 18, p.  
nur bis 1/2 9 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Auflage 15,900.

Abonnementspreis Viertel, 4 1/2 M.,  
incl. Postgebühren 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.,  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Besondere Platte 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 36 Pf.,  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Jahrespreis 3 M., Vierteljahr 20 Pf.  
Größere Schriften samt unentgeltl.  
Freiporto — Labelscher  
Satz nach hiesigem Tarif.  
Korrekturen unter dem Redaktionsdruck  
die Spaltzahl 40 Pf.  
Jahrespreis 3 M., Vierteljahr 20 Pf.  
Jahrespreis 3 M., Vierteljahr 20 Pf.  
Jahrespreis 3 M., Vierteljahr 20 Pf.  
Jahrespreis 3 M., Vierteljahr 20 Pf.

Nr. 143.

Freitag den 23. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Gelegenheit der am 24. und 25. d. M. stattfindenden Wahlen haben wir für nöthig erachtet, folgende Anordnungen zu treffen:

- 1) An diesen Tagen sind Nachmittags von 12-6 Uhr der Scheibenberg vom Schleusiger Wege bis zum Johannapark und der Schleusiger Weg von der Brandbrücke ab bis zum Kirchhof für den öffentlichen Fuß- und Reiterverkehr, ingleichen der Scheibenberg vom Schleusiger Wege ab bis zum Scheibengäßchen auch für den Fußverkehr gesperrt.
- 2) Wagen, die in die Rennbahn gelangen wollen, haben den Hinweg durch die Mühlengasse und am Fiehlplatz rechts, den Rückweg durch das Scheibengäßchen und den Johannapark zu nehmen.
- 3) Diejenigen Wagen, welche nur bis an den Eingang zur Rennbahn bei der Einmündung des Scheibengewässers in den Schleusiger Weg fahren, haben den Rückweg durch die Körnerstraße zu nehmen.
- 4) Auf dem Hinwege haben alle Wagen rechts zu fahren und sich streng in der Reihenfolge zu halten.
- 5) Auf dem Schleusiger Wege darf kein Wagen halten.

Wir bringen diese Anordnungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss mit dem Bemerkten, daß unsere Organe angewiesen sind, die Beobachtung derselben auf das Strengste zu überwachen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder Haft bestraft.  
Leipzig, den 22. Mai 1879.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Dr. Räder. Daegner, Sect.

### Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind  
Frau Johanne Marie Grünner, geborene Röhm, Burastraße Nr. 5, IV wohnhaft,  
Wilhe Amalie Gerwine Wobbold, geborene Helmert, Völkowstraße Nr. 25, IV wohnhaft,  
Wugunde Amalie Barnahl, geborene Gröschel, Windmühlengasse Nr. 28, IV wohnhaft,  
und  
Fräulein Johanne Wilhelmine Schmidt, Schuhmachergäßchen Nr. 7, III wohnhaft,  
als Bedammen für unsere Stadt verpflichtet worden.  
Leipzig, den 16. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmänn. Kriechmer.

### Bekanntmachung.

An unserer Gewerbeschule sind einige Freistellen zu besetzen. Nur der Schule bereits angehörende Lehrer- und Lehrlingssöhne können als Bewerber auftreten. Die Gesuche, denen Zeugnisse über die Beherrschung der Eltern, die letzten Schulzeugnisse und insbesondere ein Zeugnis, dessen Formular auf unserer Schulleitung zu erlangen ist, beizufügen sind, werden bis Ende dieses Monats auf unserer Schulleitung in Empfang genommen.  
Leipzig, den 20. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Vehnert.

### Der Weg nach Canossa.

Wie ein Unwetter am Frühlingshimmel hat sich die parlamentarische Krise der letzten Tage Schling auf Schling vollzogen. Der 21. Mai bezeichnet einen hochbedeutenden Wendepunkt in unserer politischen Entwicklung. Von einer Majorität von 195 gegen 129 Stimmen getragen, hat der conservative Präsident, das Schooskind der neuen ultramontan-conservativen Coalition, die Leitung des Reichstags übernommen. Soweit sich die geheime Abstimmung kontrolliren läßt, haben die Conservative und Centrum geschlossen für Herrn v. Seydewitz gestimmt; nur von den Freiconservativen sind einige Wenige selbst gegangen. Als in der vorigen Woche die gleiche Verdrüßung die Candidatur Bennigsen für den Vorsitz in der Tarificommission zum Scheitern brachte, suchte man die politische Bedeutung des Ereignisses durch das Hervorheben rein wirtschaftlicher Motive zu vertuschen. In Bezug auf den letzten Vorgang wird man sich diese Räthe offensichtlich sparen. In allen Parlamenten der Welt gilt die Präsidentenwahl als eine politische Angelegenheit ersten Ranges. Und wenn sie in dem Reichstag je der vollgültige Ausdruck der politischen Lage gewesen ist, so ist sie es heute; denn sie bringt aller Welt zu klarer Anschauung, was lange nebelhaft in der Last schwelte, unermülich abgelehnt ward und nun doch als das weitreichendste Ergebnis der politischen Wirren dieser letzten Monate sich herausgestellt hat: Das Bündniß der Conservative mit den Ultramontanen. Wer will dies Bündniß Angesichts des vorliegenden Wahlergebnisses noch in Abrede stellen? Wer will und glauben machen, das Centrum — die stärkste Fraktion des Reichstags — wie es sich so gern nennen läßt — würde nicht auch jetzt wieder, wie zu Anfang der Session, den Präsidentenstuhl für sich in Anspruch genommen haben, wenn ihm nicht von conservativer Seite Garantie für die erste Vicepräsidentenstelle, von welcher Freiherr von Stauffenberg ohne Zweifel zurücktreten wird, gesichert wäre? So ist denn mit dem 21. Mai die Partei, welcher vor wenigen Jahren noch vom Fürsten Bismarck die geistige Urheberschaft des „Kulturkampfes“ — die Partei, welche bis in die jüngste Zeit hinein nach der gemeinsamen Anbahnung aller auf dem Boden unserer nationalen Regeneration stehenden Elemente als berechtigte politische Partei überhaupt nicht anerkannt wurde, eingetreten in die Reihe der „maßgebenden“ Factoren unseres politischen Lebens. Wunderbarer Wechsel! Das neue Präsidium des Reichstags, wie es voransteht in den wenigen Tagen vor uns stehen wird, hat nur noch in der beschriebenen Stellung des zweiten Vicepräsidenten einen Mann, welcher der Umgestaltung der deutschen Dinge seit dem Jahre 1866 wohl von Anfang an mit ganzem Herzen zugewandt gewesen ist; der Präsident und der mit Sicherheit zu erwartende erste Vicepräsident gehören ihrem politischen Glaubensbekenntnis

nach Parteien an, die lange Jahre, wenn nicht, so weit das Centrum in Betracht kommt, bis auf den heutigen Tag, zu jener Politik des Fürsten Bismarck, die ihm die Liebe des deutschen Volkes erwarb, in mehr oder minder feindseligem Gegensatz gestanden haben. Ohne Zweifel wird es nicht an Leuten fehlen, die sich über diese Erscheinung mit dem genialen Einfall der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ trösten, welche f. B. das Eintreten Bismarck's in die Tarificommission des Reichstags als einen Sieg des nationalen Gedankens über den württembergischen Particularismus feierte. Möchte ihnen nur der Trost nicht durch die fatale Reversseite des blendenden Arguments verborben werden! Bekanntlich hatte Herr v. Barnbüler, als er den Vorsitz der Tarificommission übernahm, nicht seinen wirtschaftlichen Standpunkt verlassen, sondern er hatte den Kanzler von dem diametral entgegengesetzten Standpunkte zu sich herübergezogen. Wie, wenn es sich jetzt mit dem „Siege des nationalen Gedankens“ in dem größeren politischen Rahmen ähnlich verhielte? Durchaus unmöglich ist uns natürlich der Gedanke, daß Fürst Bismarck sich jemals auf vollständig denselben politischen Boden mit dem Ultramontanismus begeben könnte. Auch die ausgesprochenen reaktionäre Tendenzen, welche der Deutschconservatismus vertritt, wird schmerzlich seinen Plänen entsprechen. Aber wer bürgt dafür, daß die mit der neuen ultramontan-conservativen Verdrüßung eingeleitete Entwicklung nicht fürter wird, als selbst unser großer Kanzler? Wer bürgt dafür, daß nicht wenigstens dann, wenn uns die staatsmännische Kraft des Fürsten Bismarck auf immer fehlen wird, das Reich in Bahnen geleitet wird, die seinem Ursprunge durchaus widersprechen?

Wie immer man sich aber die Zukunft denke, für Alles, was sich in Deutschland liberal nennt, ist die Stellung in den Verhältnissen vorzeichnet: es ist die Stellung des Kampfes! Selbstverständlich wird die nationalliberale Partei niemals nach einem Anlaß zur Opposition suchen; aber sie wird ihm nicht ausweichen, wenn er ihr in den Weg tritt. Selbstverständlich wird die nationalliberale Partei die Regierung auch ferner bereitwillig unterstützen, wenn dieselbe eine Maßregel zur Befestigung des Reiches in der bisher eingehaltenen Richtung vorschlägt; aber sie wird sich nicht mehr zu dem Amboss hergeben, auf welchem die Compromisse geschmiedet werden. Fürst Bismarck sprach im vorigen Herbst die Hoffnung aus, daß die Majorität, welche das Socialistengesetz annehme, auch darüber hinaus als eine zuverlässige Stütze der Regierung fortbestehen werde. Diese Majorität bildeten die Nationalliberalen und die Conservative; der stärkste Bestandteil der Minorität war das Centrum. Heute ist das Centrum der stärkste Bestandteil der Majorität, aber einer Majorität, aus welcher die nationalliberale Partei in demselben Augenblicke mit Notwendigkeit ausgeschiedet. Eine conservativ-liberale Majorität wäre ein Unwiderstandliches. Seit Monaten stand unsere innere Entwic-

### Bermiethungen.

Folgende in den nachverzeichneten, der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücken zum 30. Septbr. d. J. miethfrei werdende Localitäten, nämlich

- 1) das bermalen an Herrn Carl Wilhelm Müller sen. (früher Albert Müller jun.) vermietete Gewölbe nebst Niederlage in dem Hause Reichstraße Nr. 50,
- 2) die jetzher an Herrn Fr. B. Schilde als Geschäftlocal vermietete, aus 6 Zimmern, 6 Kammern, 7 sonstigen Räumen und Zubehör bestehende 1. Etage nebst 2 Niederlagen im Hofe der Häuser Reichstraße Nr. 50 und Salzgäßchen Nr. 2 (Eingang von der Reichstraße aus),
- 3) eine Niederlage im Hofe des Hauses Reichstraße Nr. 51 und
- 4) zwei Niederlagen im Hofe des Hauses Salzgäßchen Nr. 1

sollen einzeln, eine jede Nummer für sich, vom 1. October d. J. an gegen halbjährliche Kündigung an die Bestmietenden anderweit vermietet werden und betraumen wir hierzu einen Versteigerungstermin am Rathshaus auf

Montag den 26. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr

an, in welchem Miethblütliche sich einfinden und ihre Gebote auf die nach einander in obiger Reihenfolge auszubietenden Localitäten thun wollen.

Die Versteigerung wird bezüglich eines jeden Miethobjectes geschlossen werden, sobald darauf nach dreimaligem Rufe ein weiteres Gebot nicht mehr erfolgt.

Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermietenden Localitäten liegen auf dem Rathshaus 1. Etage zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 13. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georai. Gerutti.

### Bekanntmachung.

Der am 5. November 1878 hier zur Gast gekommenen und seitdem behufs Feststellung seiner Persönlichkeit im hiesigen Georaienhause deimirt gewesene, angebliche

Paul Schulze, gen. Wilschke aus Mährisch-Odrau

ist am 7. d. M. aus gedachter Anstalt unter Mitnahme der Anstaltskleidung entwichen.

Wir ersuchen, denselben im Betretungsfalle zu verhaften, dann Nachricht anher gelangen zu lassen.

Schulze ist von mittlerer Größe, gelber Hautfarbe und ohne Bart, hat Stumpfnase, aufgeworfene Lippen und auffallend niedrige Stirn.

Bekleidet war er mit grauer Tuchjacke, schwarzer Tuchhose und brauner Tuchmütze mit Schirm.

Leipzig, am 21. Mai 1879.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Dr. Räder. Hennig, Hltdr.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 22. Mai.  
\* Berlin, 21. Mai. Parlamentarische Lage. Das sogenannte Sperrgesetz bildete gestern Abend den ersten Gegenstand der Verhandlung in der Tarificommission des Reichstages. Von den Regierungskommissionen wurde der Gesetz-Entwurf nachdrücklich zur Annahme empfohlen und insbesondere auf die praktischen Erfahrungen hingewiesen, welche man mit ähnlichen Einrichtungen in England gesammelt hat. Im Laufe der Discussion ergab sich, daß die Regierung noch selbst nicht schlüssig war, auf welche Gegenstände sie, wenn ihr die Vollmacht das Gesetz erteilt würde, dasselbe anzuwenden beabsichtige. Insbesondere wurde die Commission im Dunkel darüber gelassen, ob die Regierung die Maßregel auf den Tabak anwenden wolle. Aus den Mittheilungen der Commissionen ging hervor, daß die Reichsregierung die Nachsteuer nicht anzugeben gedenke, somit für die Commission ein Grund mehr vorhanden sei, die Aufnahme der Artikel, welche der Sperre unterworfen werden sollen, in das Gesetz selbst zu verlangen. Unter diesen Umständen schien es der Commission nach kurzer Discussion angemessen, die Verhandlung von der Tagesordnung abzusehen. Die Commission trat hierauf in die weitere Verhandlung des Tarifs ein. Es folgte das Referat über die Positionen 3. Blei, 42. Zinn, 43. Zinn. Für gewalztes Blei (3b) gewalztes Zinn (42b), gewalztes Zinn (43b) nahm die Commission die frühere Tarification an und lehnte den Zoll von 3 Mark ab. Bei den übrigen Theilen wurde die Regierungsvorlage angenommen.

Gestern Abend trat die Commission zur Verhandlung der Tabaksteuer vorlage zusammen. Bestimmte Vorschläge über Höhe des Zolles resp. der Steuer wurden nicht gemacht, aber die vorgeschlagenen Sätze von den meisten Rednern als zu hoch bezeichnet. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß bei Feststellung der Zoll- und Steuer-

sätze eine größere Differenz zum Schutze des inländischen Tabakbaus nöthig sei. Die Erklärungen, welche in dieser Beziehung von mehreren Seiten abgegeben wurden, erfolgten mit der größten Reserve. Mehrfach wurde der Besorgniß Ausdruck gegeben, die Vorlage bedeute den letzten Schritt zum Monopol. Aus der Gesamtheit, welche die Mehrheit der Commission zu der Vorlage annimmt, wollen erfahrene Mitglieder derselben entnehmen, daß die Sache unendlich verwickelt — besonders für Steuer — angenommen und Lizenz und Nachsteuer fallen werden. Entsprechen die Resultate der Commissions-Berathung dieser Annahme, so wird der Reichskanzler, sobald das Haus denselben beitrifft, sein Veto nicht dagegen einlegen und das Zustandekommen des Tabaksteuergesetzes dürfte als gesichert betrachtet werden. Gegenüber den Klagen und Forderungen der Interessenten, die um jeden Preis aus der Unsicherheit der gegenwärtigen Geschäftslage herauskommen wollen, dürfte sogar dieses Resultat ein Gewinn sein.

In der Branntwein-Commission des Reichstages, welche gestern ihre erste Verhandlung hielt, wurden zunächst vom Vorsitzenden die auf die Vorlagen bezüglichen Petitionen mitgeteilt und beschlossen, dieselben bei den einzelnen Abschnitten der Vorlagen, auf welche sie sich beziehen zu berathen. Man ging dann auf die Erörterung der Frage über, ob bei der Geschäftslage des Reichstages und bei der von den verschiedenen Parteien landgegebenen Absicht, die Vorlagen abzulehnen, überhaupt in eine specielle Berathung des Entwurfes eingetreten werden sollte. Abgeordneter Eysoldt beantragte, dieselbe so lange aufzuschieben, bis sich die Tarificommission über die constitutionellen Garantien geäußert haben würde. Seitens der Regierungskommissionen wurde erklärt, daß von den verbündeten Regierungen auf die Durchberathung des Gesetzes in der Commission Gewicht gelegt werde. Nach mehrstündiger Debatte, in welcher man auch der vielen materiellen Bedenken gedachte, die gegen die Biersteuervorlage herrschen, wurde schließlich der Antrag des Abg. Eysoldt mit Stimmengleichheit abgelehnt und die nächste Sitzung auf Freitag anberaumt. Daß sich die Majorität im Großen und Ganzen ablehnend gegen die Vorlagen verhielt, ging aus der Debatte hervor. Bismarck allgemein wurde betont, daß ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer eine Erhöhung der Biersteuer nicht eingeführt werden könne.

Der Reichstag setzte heute nach vollzogener Präsidentenwahl die Berathung des Gesetzes fort, ohne sie zum Abschluß zu bringen. Der Schwerpunkt der Verhandlung fiel in die Neben Debatte über die Höhe des Zolles resp. der Steuer selbst wurde von ihnen freilich kaum etwas Wesentliches beigebracht, was die publicistische Debatte der letzten Monate nicht bereits erörtert hätte. Das eigentlich Bedeutsame des Tages lag in der ausgeprägten agrarischen Tendenz der Rede des Reichskanzlers. (Soweit der Bericht.)  
Es darf nicht Wunder nehmen, daß die Berliner Officialen die Kaiserliche Fabel zur